Deutscher Bundestag **Drucksache 18/4370**
18. Wahlperiode 20.03.2015

Fragen

für die Fragestunde der 96. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. März 2015

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	4
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	19, 24
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	22, 23
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	29, 30
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 17
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	15, 27
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 14
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 18
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	12, 13
Renner, Martina (DIE LINKE.)	25, 26
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	5, 6

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 6
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie 7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

1. Abgeordnete **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen den Aussagen auf Bundestagsdrucksache 17/10495 einerseits (vgl. Antwort zu Frage 16, wonach sie das Vorhaben unterstütze, nach Abschluss des Rosenburg-Projekts des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz dessen Ergebnisse der Öffentlichkeit im Rahmen einer Dauerausstellung zu vermitteln) und auf Bundestagsdrucksache 18/4238 andererseits (wonach es „einer Prüfung des zuständigen Ressorts zu gegebener Zeit [obliege], ob eine Präsentation in Form einer Ausstellung im jeweiligen Einzelfall tatsächlich geeignet und sinnvoll erscheint“, vgl. Antwort zu Frage 18), und ist die Bundesregierung nicht mehr der Auffassung, dass eine Dauerausstellung zu den personellen Kontinuitäten in den Bundesministerien zwischen der NS-Zeit und der Zeit nach 1945 eine gute gesellschaftliche Debatte befördern könnte?

2. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung eine Vorratsdatenspeicherung verfassungskonform geregelt werden, nachdem der Europäische Gerichtshof am 8. April 2014 die Speicherung der Daten jeglicher Berufsgeheimnisträger sowie solcher Personen ausschloss, „bei denen keinerlei Anhaltspunkt dafür besteht, dass ihr Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte“ (verbundene Rechtssachen C-293/12 und C-594/12), und soll technisch, organisatorisch und regulativ sichergestellt werden, dass solche Daten von Berufsgeheimnisträgern sicher erkannt, von anderen Personen unterschieden, ausgesondert und nicht gespeichert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche unerfüllten Bedingungen konkreter Vereinbarungseinzelheiten (etwa zu Sparauflagen oder Einnahmesteigerungen) sind gemeint, deren Erfüllung der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, von der neu gewählten griechischen Regierung als Voraussetzung für die Auszahlung von weiteren Finanzhilfen immer wieder anmahnt und verlangt, und wie sollen nach Auffassung der Bun-

desregierung Zahlungen für Zinsen und Tilgung an die Troika (Institutionen) durch Griechenland aufgebracht und geleistet werden, wenn Griechenland das dafür notwendige Geld nicht hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

4. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Inwiefern ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie die örtlichen Jobcenter auf die Arbeitsvermittlung von Asylbewerbern und Geduldeten mit ihren Arbeitsmarktinstrumenten eingestellt sind?

5. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren die Zahl und der Anteil der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA) entwickelt, die an Weiterbildungen teilgenommen haben (bitte jeweils Jahresdaten), und in welchen zentralen Bereichen erfolgt die Weiterbildung?

6. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie haben sich in den zurückliegenden zehn Jahren die Ausgaben für die Weiterbildung der Beschäftigten der BA entwickelt (bitte Jahresdaten zu den Gesamtausgaben und den durchschnittlichen Ausgaben je Mitarbeiter ausweisen), und wie gestaltete sich die durchschnittliche Dauer der Weiterbildungsmaßnahmen (bitte sofern vorhanden auch für die einzelnen Jahre ausweisen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

7. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie haben sich die Mengen der Erzeugung von Speisefischen aus der Fischzucht in Deutschland entwickelt (bitte für die Jahre 2004, 2009 und 2014 und für die fünf wichtigsten Fischarten aufschlüsseln), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von Tierarzneimitteln, insbesondere Antibiotika, in diesem Bereich?

8. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in die Formulierung des „Konzepts Welternährung“, herausgegeben vom Referat 622 des BMEL im Januar 2015, eingebunden, und inwiefern ist das BMZ über eigenständige Aktivitäten des BMEL in Entwicklungsländern informiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

9. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welcher konkreten Datengrundlage basiert die Annahme der Bundesregierung der Einfahrten ausländischer Pkw in ihrer Berechnung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen sowie der Ausfahrten ausländischer Pkw in ihrer Berechnung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (bitte unter Angabe der angenommenen Zahlen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

10. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundeshaushaltsmittel will die Bundesregierung in den Jahren 2016 und 2017 für das Wohngeld in den Bundeshaushalt einstellen, und mit wie vielen Wohngeldempfängerhaushalten rechnet die Bundesregierung in diesen Jahren?

11. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Städte und Gemeinden werden durch die Neuberechnung der Mietstufen herabgestuft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

12. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Wie hoch waren die Gesamtkosten für die Erstellung der Homepage www.siegelklarheit.de, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor einigen Wochen vorgestellt hat, und wieso stellt das BMZ die Website bereits der Öffentlichkeit vor, wenn Informationen zu drei der vier dort angebotenen Produktgruppen, nämlich Lebensmittel, Papier und Holz, bisher noch gar nicht abrufbar sind und beim Anklicken lediglich „Die Bewertung der Siegel ist in Bearbeitung“ erscheint?

13. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Bis zu welchem Termin werden die fehlenden Informationen über die Siegel für die Produktgruppen Lebensmittel, Papier und Holz auf der Homepage des BMZ www.siegelklarheit.de online gestellt, bei denen bisher nur „Die Bewertung der Siegel ist in Bearbeitung“ erscheint, wenn man sie anklickt, und mit welchen monatlichen finanziellen Mehrbelastungen rechnet das BMZ für eine vierköpfige Familie, wenn sie in den auf www.siegelklarheit.de angegebenen Bereichen Textilien, Lebensmittel, Papier und Holz nur noch als fair und biologisch zertifizierte Produkte konsumiert?

14. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie stellt das BMZ sicher, dass die Aktivitäten des BMEL keine Inkohärenzen zu seinen eigenen, entwicklungspolitischen Vorhaben aufweisen, und in welcher Weise kommt das Bundeskanzleramt dabei seiner Rolle nach, die Arbeit der verschiedenen Ministerien zu koordinieren?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

15. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

In welchem Umfang erhält die Bundeswehr tatsächlich „vom Bundesnachrichtendienst regelmäßig Millionen von abgehörten Daten“, die laut einem Medienbericht (ZEIT ONLINE vom 18. März 2015) Metadaten und Inhaltsdaten enthalten und mindestens solche Daten betreffen, die der Bundesnachrichtendienst (BND) in Einsatzländern der Bundeswehr erfasse und worüber eine Vereinbarung mit

dem Bundesministerium der Verteidigung existiere, wonach Bundeswehr und BND „zum Schutz der deutschen Soldaten und Bediensteten in den Einsatzgebieten im Rahmen der rechtlichen Vorgaben eng zusammen“ arbeiten (bitte nach zahlenmäßigem Ausmaß und Häufigkeit beantworten), und inwiefern bzw. auf welcher Grundlage hält es die Bundesregierung für rechtlich unbedenklich, wenn vom BND nicht nur Metadaten, sondern auch Inhalte von Gesprächen und elektronischer Kommunikation weitergegeben werden, deren Verarbeitung im Artikel 10-Gesetz geregelt ist und das aus meiner Sicht keine Weitergabe an die Bundeswehr erlaubt?

16. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel von den Plänen der „AVE Gesellschaft für Fernsehproduktion“ erfahren, einen Film über ihr Leben auf der Grundlage eines Drehbuches des SPIEGEL-Autors Dirk Kurbjuweit im Wahljahr 2017 in die Kinos zu bringen, und wie hat die Bundeskanzlerin auf dieses Vorhaben reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

17. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie haben sich die in den Jahren 2013 und 2014 für die energetische Gebäudesanierung verausgabten KfW-Mittel auf die Bundesländer verteilt (bitte absolute Ausgaben je Land und Anteil an den Gesamtausgaben aufschlüsseln), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Sanierungsstau insbesondere im Bereich der Miethäuser zu lösen?

18. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist der personelle Mehraufwand jeweils bei der Bundesnetzagentur und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bitte einzeln nach Arbeitsplätzen und finanziellem Mehraufwand aufschlüsseln) für das neue Ausschreibungsverfahren bei der Pilotausschreibung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen, und kann die Bundesregierung daraus eine Prognose für den personellen und finanziellen Aufwand ab dem Jahr 2017 für die Ausschreibungen bei den anderen erneuerbaren Energie-Erzeugungsanlagen treffen (bitte begründen)?

19. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit verläuft die Pipeline „Nord Stream“ („Ostseepipeline“) „außerhalb der Europäischen Union“ und fällt damit nicht unter die „Regeln des 3. Energiebinnenmarktpakets“ der Europäischen Union, welche „ihre Wirkung aber grundsätzlich nur innerhalb der Europäischen Union“ entfalten (Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Iris Gleicke auf meine Mündliche Frage 41, Plenarprotokoll 18/75, Anlage 22) vor dem Hintergrund, dass diese Gaspipeline durch die deutschen Territorialgewässer vor Mecklenburg-Vorpommern sowie durch „87,7 Kilometer [der] Territorialgewässer (12 Seemeilen-Zone)“ Dänemarks bei Bornholm (www.nord-stream.com/de/presseinfo/pressemitteilungen/daenemark-erteilt-baugenehmigung-fuer-nord-stream-pipeline-289/) gebaut wurde?

20. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Standpunkt hat Deutschland in der Ratsarbeitsgruppe Atomfragen am 11. März 2015 beim ersten Tagesordnungspunkt „Energy Union Package – Nuclear Aspects – Presentation by the Comission“ gegenüber der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten vertreten, und wie hat sie sich konkret zu den einzelnen Stellungnahmen von Großbritannien zu TOP 1 verhalten (mit der Bitte um Erläuterung zu den einzelnen Punkten zu TOP 1)?

21. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Positionen wurden in den in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 22, Plenarprotokoll 18/93, Seite 8839, genannten Gesprächen der Bundesregierung mit Vertretern der Atomkraftwerke (AKW) betreibenden Energieversorgungsunternehmen (EVU) hinsichtlich des weiteren Umgangs mit deren Rückstellungen für den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung jeweils auf beiden Seiten vertreten (ggf. bitte erinnerungsbasiert angeben), und welche – insbesondere inhaltlichen – Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem zu diesem Thema vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bei der Kanzlei Becker, Büttner, Held und Professor Dr. Wolfgang Irrek beauftragten Gutachten ziehen (vgl. hierzu die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 18/4296 und meine Schriftliche Frage 10 auf Bundestagsdrucksache 18/3812)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Mit welchem Ziel sollen Gespräche mit der syrischen Führung, wie sie der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier nun nicht mehr ausschließt (FAZ online vom 18. März 2015, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/buergerkrieg-in-syrien-steinmeier-erwaegt-gespraeche-mit-syrien-13490003.html), geführt werden, und gibt es konkrete Vorstellungen, in welchem Format solche Gespräche stattfinden sollen?

23. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die diplomatischen Beziehungen zur Syrischen Arabischen Republik wieder zu normalisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit wird die Bundesregierung nach der Stellungnahme der Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof vom 19. März 2015 in dem Verfahren C-153/14 in der Visumerteilungspraxis dafür sorgen, dass es im Rahmen einer Härtefallprüfung zu einer umfassenden Berücksichtigung aller individuellen Einzelfallumstände kommt (z. B. des Bildungsstands, der Kosten des Spracherwerbs, der Verfügbarkeit von Sprachkursen), weil all diese Umstände nach Vorgaben im Visumhandbuch ausdrücklich nicht berücksichtigt werden sollen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 17/5732), und inwieweit hält sie die Einschätzung der Generalanwältin zur niederländischen Regelung, wonach der Prüfungsnachweis „ohne größere Mühen möglich“ sei (Randnummer 36), auf die deutsche Regelung für übertragbar, die im Gegensatz zur niederländischen auch den schriftlichen Nachweis von Sprachkenntnissen des Niveaus A 1 verlangt, sodass im Ergebnis ein Drittel der Prüfungsteilnehmenden den Test nicht besteht (vgl. Bundestagsdrucksache 18/937, Anlage zu den Fragen 30b und 30c)?

25. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Wie viele Quellenmeldungen des VM 2100/Hagel des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz aus welchen Jahren liegen im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) vor?

26. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Wie viele der im BfV vorliegenden Quellenmeldungen des VM 2100/Hagel des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz wurden jeweils dem 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zum Nationalsozialistischen Untergrund und dem Oberlandesgericht München im Verfahren gegen Beate Zschäpe vorgelegt?

27. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zum im vergangenen Jahr durchgeführten Erwerb einer Softwarelizenz durch das Bundesministerium des Innern bei der Firma AGT mitteilen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 18/4296), wobei es sich nach meiner Einschätzung mutmaßlich um eine Überwachungssoftware handelt (bitte unter Angabe des Herstellers, Produktes, der Lieferbedingungen und des Kaufpreises), und welche Angaben zu technischen Spezifikationen kann die Bundesregierung zum gelieferten Produkt machen (bitte unter Angabe des Betriebssystems überwachter IT-Systeme, Art des überwachten Datenverkehrs, Überwachung auch von verschlüsselten und anderen sensiblen Daten)?

28. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Antwort hat die Bundesregierung auf die Frage, die der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, zum „eigentlichen Thema von Zuwanderung“ im „ZDF-Morgenmagazin“ vom 19. März 2015 aufgeworfen hat („Wer organisiert es wie?“), und was will der Bundesminister des Innern tun, um die Frage zu beantworten, statt sie nur zu stellen?

29. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Wie viele Athletinnen und Athleten wurden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung durch unfreiwilliges Doping (auch „Staatsdoping“ bzw. „Zwangsdoping“) geschädigt, und wie viele davon erhielten dafür Entschädigungsleistungen (bitte aufgeschlüsselt nach Zeitraum bis 1990 – unterteilt in DDR und Bundesrepublik Deutschland – sowie die Zeit ab 1991 und mit der Nennung der Art der

Entschädigungen bzw. der Leistungen durch das Dopingopfer-Hilfegesetz und darüber hinaus)?

30. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeiten, alle Dopingopfer angemessen zu entschädigen, und inwieweit ist aus Sicht der Bundesregierung eine diesbezüglich stärkere Unterstützung des doping-opfer-hilfe e. V. (DOH) durch den Bund erforderlich?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333